

Antrag auf Bewilligung einer Zuwendung aus dem Arbeitsmarktfonds (AMF)

- Förderschwerpunkt 1
- Förderschwerpunkt 1a
- Förderschwerpunkt 2
- Förderschwerpunkt 4
- Förderschwerpunkt 5

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
Referat I1
arbeitsmarktfonds@stmas.bayern.de

- Förderschwerpunkt 3 (Ausbildungsakquisiteure)

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
Referat I4
Referat-I4@stmas.bayern.de

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen

1. Antragsteller

1.1 Name des Trägers:

1.2 Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort):

1.3 Gesetzliche Vertreterin / Gesetzlicher Vertreter (Name, Telefon, E-Mail):

1.4 Erstantragstellung: ja nein

Falls ja, Kurzdarstellung bisheriger Trägeraktivitäten im Bereich der Arbeitsförderung, insbesondere im Bereich AMF:

1.5 Ansprechpartnerin / Ansprechpartner für das Projekt (Name, Telefon, E-Mail):

2. Gegenstand der Projektförderung

2.1 Name des Projektes:

2.2 Verlängerungsantrag: ja nein

Falls ja, bisherige Projektnummer:

2.3 Kurzbeschreibung / Ziel des Projektes:

2.4 Zielgruppe des Projektes:

2.5 Geplante Projektlaufzeit:

2.6 Durchführungsort (Landkreis / kreisfreie Stadt) und zuständiger Agenturbezirk:

Durchführungsort(e):

Agenturbezirk(e):

2.7 Beantragte Fördersumme:

- 2.8 Geplante Anzahl der Teilnehmenden (bei lfd. Nachbesetzung: max. Teilnehmendenzahl im Projekt zum Zeitpunkt X sowie Zielgröße insgesamt):**
- 2.9 Perspektive zur dauerhaften Etablierung nach Auslaufen der staatlichen Förderung:**

3. Beschreibung der geplanten Maßnahme

3.1 Wesentlicher Inhalt und Ablauf des Projektes:

Eine ausführliche Beschreibung des Projektvorhabens (Projektkonzeption) bitte als Anlage beifügen! Der Projektkonzeption sollte **max. 6 Seiten** umfassen.

3.2 Arbeitsmarktpolitische Zielsetzung / Wirkungen auf den Arbeitsmarkt in qualitativer und quantitativer Hinsicht (insbesondere Darstellung der Ausrichtung des Projektes auf den ersten Arbeits- bzw. Ausbildungsmarkt):

3.3 Ggf. Unterstützung des Projekts (z. B. durch Kommunen, Arbeitsverwaltung, Unternehmen); falls ja, durch wen?

(hier bitte Vorlage entsprechender Bescheinigungen – Letter of intent (LoI))

3.4 Ggf. Darstellung der Zusammenarbeit mit Kooperations- und Netzwerkpartnern, Organisationen, etc.

3.5 Barrierefreier Zugang für Menschen mit Behinderung gewährleistet?

Ja Nein

Ggf. Angaben dazu:

4. Finanzen

4.1 Ausgaben- und Finanzierungsplan

Einen ausführlichen Ausgaben- und Finanzierungsplan – **sowohl nach Förderjahren als auch nach Kalenderjahren getrennt** – bitte als Anlage beifügen!

4.1.1 Ausgabenaufstellung:

Bitte geben Sie hier die Gesamtausgaben an (die genaue Ausgabenaufstellung ergibt sich aus dem Ausgaben- und Finanzierungsplan)!

Personalausgaben:

Sachausgaben:

Gesamtausgaben der Maßnahme (brutto):

4.1.2 Finanzierung:

Eigenmittel (mind. 10%):

Sonstige Finanzierungsmittel:

Beantragte Zuwendung:

Gesamtfinanzierung (brutto):

4.2 Bei einer beantragten Fördersumme von nicht mehr als 100.000 €:

Ggf. Begründung, weshalb vom Grundsatz nach VV Nr. 7.4 zu Art. 44 BayHO (Auszahlung der Fördersumme erst nach vollständiger Prüfung des Verwendungsnachweises) abgewichen werden soll.

4.3 Wurde eine Förderfähigkeit aus anderen Programmen bereits geprüft?

Ja Nein

Wenn ja, bitten wir Sie hierzu um entsprechende Angaben

5. Erklärungen des Antragstellers:

- Bei Erstantragstellung:** Der Antragsteller erklärt, mit der Durchführung der Maßnahme noch nicht begonnen zu haben und auch vor Erhalt des Zuwendungsbescheids oder der Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn (die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn ist ggf. gesondert zu beantragen) mit dieser noch nicht zu beginnen.
- Die in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen sowie Anlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.
- Über die Tatsache, dass eine Förderung aus Mitteln des Freistaates Bayern nur unter Beachtung der Bayerischen Haushaltsordnung, dem Haushaltsgesetz wie auch den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (abrufbar unter [Bayern.Recht ANBest-P](#) bzw. [Bayern.Recht ANBest-K](#)) erfolgen kann, ist sich der Antragsteller bewusst und diese sind ihm bekannt. (Die ANBest-P / ANBest-K werden zum Bestandteil des Zuwendungsbescheids gemacht und die Beachtung wird im Rahmen dessen auferlegt).

- Dem Antragsteller ist bekannt, dass mit einer Kürzung bis hin zum vollständigen Verlust bzw. hin zur vollständigen Rückforderung der Zuwendung zu rechnen ist, wenn
 - die Zuwendung durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt wird,
 - nicht förderfähige Ausgaben geltend gemacht werden,
 - Mittel zweckwidrig verwendet werden,
 - gegen Auflagen und Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Erhalt der Förderung verstoßen wird oder
 - ein vergleichbar schwerwiegender anderer Grund vorliegt.
- Der Antragsteller bestätigt, dass er für das Vorhaben zum Vorsteuerabzug (§15 UStG) berechtigt, nicht berechtigt ist.
- Der Antragsteller erklärt sich bereit, an der vom Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales in Auftrag gegebenen Evaluation mitzuwirken und dem derzeit beauftragten Evaluator eine zuständige Ansprechpartnerin/einen zuständigen Ansprechpartner zu benennen (sofern diese/dieser von der/dem Projektverantwortlichen abweicht).
- Die Informationen zum Datenschutz für den Förderschwerpunkt 1, 1a, 2, 4 und 5 bzw. für den Förderschwerpunkt 3 hat der Antragsteller gelesen und verstanden.
- Der Antragsteller willigt in die Verarbeitung der übermittelten personenbezogenen Daten ein.
- Der Antragsteller ist damit einverstanden, dass Daten und Informationen zum Projekt auf der Homepage des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales veröffentlicht werden.
- Nur für den FSP 2:** Der Antragsteller ist damit einverstanden, dass Daten und Informationen zum Projekt (einschließlich einer entsprechenden Verlinkung) auf der BOBY-Plattform des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales (<https://www.boby.bayern.de>) veröffentlicht werden. Der Träger ist angehalten, auf seiner Internetseite ggf. auch Informationen bereitzustellen, wie man sich um eine Projektteilnahme bewerben kann.
- Sofern zutreffend:** Die in der Aufgliederung der Personalausgaben genannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden von der Übermittlung ihrer Daten in Kenntnis gesetzt. Die Informationen zum Datenschutz für den Förderschwerpunkt 1, 1a, 2, 4 und 5 bzw. für den Förderschwerpunkt 3 wurden jeder betroffenen Person ausgehändigt.
- Nach Antragstellung neu hinzukommende Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter werden von der Übermittlung ihrer Daten in Kenntnis gesetzt. Die Informationen zum Datenschutz für den Förderschwerpunkt 1, 1a, 2, 4 und 5 bzw. für den Förderschwerpunkt 3 werden jeder betroffenen Person ausgehändigt.
- Dem Antragsteller ist bekannt, dass die Angaben in diesem Antrag zu Nr. 1, 2, 3, 4 und 5 sowie den dazugehörigen Anlagen subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) in Verbindung mit § 2 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz - SubvG) vom 29. Juli 1976 in Verbindung mit Art. 1 des Gesetzes zur Ausführung und Ergänzung strafrechtlicher Vorschriften (BayStrAG) vom 13. Dezember 2016 und deren nachfolgenden Regelungen sind und wegen Subventionsbetrug bestraft wird

- wer über subventionserhebliche Tatsachen unrichtige oder unvollständige Angaben macht
 - oder den Subventionsgeber über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt.
- Der Antragsteller versichert, dass ihm die Tatsachen nach den VV Nrn. 3.4.2 bis 3.4.4 zu Art. 44 BayHO als subventionserheblich und die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 Strafgesetzbuch (StGB) bekannt sind.
- Der Antragsteller erklärt,
- dass er die Finanz- und Bewilligungsbehörden von der Verpflichtung zur Wahrung des Steuergeheimnisses gegenüber Bewilligungs- und Strafverfolgungsbehörden befreit, soweit seine Daten zu verifizieren/kontrollieren sind, die für die dortigen Verfahren im Zusammenhang mit der Gewährung einer Zuwendung aus dem Arbeitsmarktfonds von Bedeutung sind oder waren (§ 30 Abs. 4 Nr. 3 AO);
 - dass er der Weitergabe von Daten durch die Bewilligungsbehörden an die Finanzbehörden zustimmt, soweit diese Daten für die Besteuerung relevant sind (§ 93 AO).

Die Abgabe dieser Erklärung ist freiwillig. Bei Nichterklärung entstehen dem Antragsteller keinerlei Nachteile - weder bei der Auswahl der Projekte noch bei der Abwicklung des Zuwendungsverfahrens.

6. Anlagen:

Folgende Anlagen sind beigelegt (Zutreffendes bitte ankreuzen):

- Projektkonzeption (max. 6 Seiten)
- Ausgaben- und Finanzierungsplan im Detail
- Arbeitsmarktpolitische Stellungnahme der örtlich zuständigen Agentur für Arbeit. Agenturbezirk/e:
- Arbeitsmarktpolitische Stellungnahme wird nachgereicht
- Unterstützungsschreiben (Letter of intent)
- Sachbericht / Erfahrungsbericht bei Verlängerungsanträgen
-
-

Datum

Unterschrift bzw. elektronische Unterschrift /
Signatur